

Mitter, Wolfgang

Europa der Regionen: Schlagwort oder Herausforderung?

Brinkmann, Günter [Hrsg.]: *Europa der Regionen. Herausforderung für Bildungspolitik und Bildungsforschung*. Köln : Böhlau 1994, S. 209-223



Quellenangabe/ Reference:

Mitter, Wolfgang: Europa der Regionen: Schlagwort oder Herausforderung? - In: Brinkmann, Günter [Hrsg.]: *Europa der Regionen. Herausforderung für Bildungspolitik und Bildungsforschung*. Köln : Böhlau 1994, S. 209-223 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-16700 - DOI: 10.25656/01:1670

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-16700>

<https://doi.org/10.25656/01:1670>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, veröffentlichen oder widernatürlich nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Wolfgang Mitter

Europa der Regionen: Schlagwort oder Herausforderung?

Die Veröffentlichung schriftlicher Fassungen von Tagungsreferaten konfrontiert die Herausgeber um so stärker mit einem Risiko, je aktueller die Thematik ist. Dies gilt vor allem dann, wenn die dargestellten Geschehnisse, Entwicklungen und Probleme Entscheidungsprozesse erfassen, die noch nicht abgeschlossen oder sogar auf einen "schillernden Begriff" bezogen sind, wie Michael Bosch das "Europa der Regionen" treffend charakterisiert hat (Bosch, S. 10). Das Risiko besteht darin, daß sich in unserer schnelllebigen Epoche die "Aktualität" der Veröffentlichung von den Inhalten der Referate so rasch entfernen kann, daß diese zumindest teilweise obsolet werden. Veröffentlichungen dieser Art sind daher "Momentaufnahmen" vergleichbar. Sie fixieren den Ablauf des Geschehens in einer Situation, die vergänglich und unwiederholbar ist. Trotzdem hält eine solche Aufnahme nicht nur einen Augenblick fest: Gestik, Mimik und Kleidung, bei Tonaufnahmen auch die Sprache, geben dem Betrachter Einblicke in Stimmungen und vielleicht auch Hoffnungen und Erwartungen der Personen, und aus der ebenfalls festgehaltenen Umgebung, beispielsweise dem Mobiliar, den Bildern an den Wänden usw., sind weitere Rückschlüsse auf den Augenblick im Prozeß zu ziehen. Als eine solche "Momentaufnahme" möchte ich diesen Tagungsband verstehen, um dessen Resümee ich gebeten worden bin. Die Dynamik der "Aktualität" äußert sich zunächst darin, daß manchen Einschätzungen heute die Treffsicherheit und Überzeugungskraft fehlt, die für den Zeitpunkt ihrer Äußerung zutraf. Daß dies freilich so ist, ist größeren Teils durch Veränderungen der Sachverhalte selbst bedingt. Folgende Veränderungen seien hervorgehoben:

- der Maastrichter Vertrag vom 7. Februar 1992 ist in Kraft getreten, was durch die Namensänderung von "Europäischer Gemeinschaft" in "Europäische Union" symbolisiert wird. Möglich wurde dies durch die Ratifizierung des Vertrages durch die Parlamente aller Mitgliedstaaten einschließlich Dänemarks, dessen Bürger in ihrem zweiten Referendum ihre Zustimmung gaben.

- Seit 1. Januar 1994 besteht der Europäische Wirtschaftsraum als Freihandelszone, zu der sich die Staaten der Europäischen Union und der EFTA (mit Ausnahme der Schweiz) zusammengeschlossen haben.
- Möglich geworden ist die Schaffung der nordamerikanischen Freihandelszone nach der Verabschiedung des Abkommens durch die Parlamente Kanadas, Mexikos und der Vereinigten Staaten.
- Zu einem erfolgreichen, wenn auch noch nicht vollständigen Abschluß gekommen sind die sehr langen Verhandlungen über die Zukunft des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). Dieser Abschluß eröffnet den Weg zur Liberalisierung des Welthandels.

Die Erwähnung der beiden letztgenannten Entscheidungen scheint in einem Ausblick auf das "Europa der Regionen" um so wichtiger, als die politische, insbesondere wirtschaftspolitische Praxis der Europäischen Union gegenüber Drittländern, sowohl in Mittel- und Osteuropa als auch in der Dritten Welt, Zweifel an der Bereitschaft der auch von einigen Verfassern dieses Bandes betonten Offenheit aufkommen läßt.

Das Thema der Jahrestagung war auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union beschränkt. Die Probleme, mit denen Bildungspolitik und Bildungsforschung in Mittel- und Osteuropa konfrontiert sind, werden Gegenstand eines Symposiums sein, das die Kommission für Vergleichende Erziehungswissenschaft während des 14. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) in Dortmund (März 1994) veranstalten wird. Die Zusammenfassung der Tagungsreferate in Buchform stellt ein Novum in der 25jährigen Geschichte der Kommission dar. Dem Herausgeber gebührt Dank für seine Initiative; sie ist in den Vorzügen der Tagung sichtbar geworden, die ich im ersten Teil meiner Ausführungen umreißen möchte.

1 Komplexität des Arbeitsprogramms

Die Beiträge lenken die Aufmerksamkeit auf die Komplexität, die sich in der Zusammenstellung des Arbeitsprogramms und damit in der Einladung der Referenten ausdrückt.

(A) Zuerst sei die bereits umrissene Aktualität unterstrichen. Sie betrifft nicht nur das Tagungsprogramm als Ganzes, sondern auch alle Beiträge im einzelnen. Die meisten von ihnen geben geballte Informationen über die jüngsten Entwicklungen im Integrationsprozeß der Europäischen Union, die

man sonst aus verstreuten Berichten und Darstellungen zusammensuchen müßte. Einige Verfasser reflektieren darüber hinaus Chancen und Grenzen einer "Regionalisierung" Europas und regen damit den Leser zum kritischen Nachdenken an; hierbei können relativierende Einschätzungen nicht ausbleiben, die auch ich für mich in Anspruch nehme (siehe unten). Auch die Beiträge, in denen die "Regionen" nur ansatzweise zur Sprache kommen, bereichern die Aktualität der Thematik durch inhalts- und gedankenreiche Diskussionen über Fragen der europäischen Zusammenarbeit.

(B) Die Verfasser kommen aus verschiedenen Berufsfeldern und beruflichen Positionen. Eine Grobklassifizierung legt die Unterscheidung in "Theoretiker" und "Praktiker" nahe. Zur ersten Gruppe rechne ich Michael Bosch, Peter Stokes, John J. Peters, Luigi Secco, Georg Rothe und Manfred Pelz. Die zweite Gruppe ist aus meiner Sicht durch Klaus von Trotha, Alan Smith, Michael Vorbeck, Herrmann Müller-Solger und Conrad Schroeder vertreten. Diese Klassifizierung ist insofern als grob anzusehen, als sie zwar die derzeitigen Positionen und Interessenbereiche der Verfasser anzeigt, zugleich aber Überschneidungen erkennen läßt. Zum einen gehen die "Theoretiker" weit über die Reichweite "anwendungsbezogener Wissenschaft" hinaus und engagieren sich in dezidierten Stellungnahmen zu politischen Entscheidungen und Problemen. Dies gilt in besonderem Maße für die Beiträge von Georg Rothe und Manfred Pelz. Zum anderen vertreten die "Praktiker" Konzeptionen, die einen bemerkenswerten Grad an theoretischer Reflexion zum Verhältnis zwischen Europa und den Mitgliedstaaten sowie zwischen Staaten und Regionen enthalten und die Thematik "Europa der Regionen" zumindest ansatzweise einschließen.

(C) Sowohl die Gesamtanlage des Bandes als auch die einzelnen Beiträge sind durch Interdisziplinarität des Betrachtungsansatzes ausgezeichnet. Begriffe und Argumentationen entstammen der Rechtswissenschaft, der Politischen Wissenschaft, der Ökonomie und der Soziologie sowie der Erziehungswissenschaft und deren Teildisziplinen Berufs- und Wirtschaftspädagogik und Fremdsprachendidaktik. Da auch die einzelnen Fragestellungen in sich interdisziplinär angegangen werden, wäre es verfehlt, die einzelnen Verfasser auf die Vertretung jeweils einer einzigen Disziplin festzulegen.

(D) Das Arbeitsprogramm macht als Ganzes deutlich, daß bei seiner Erstellung der komparative Frageansatz eine zentrale Rolle gespielt hat. Dies zeigt sich in doppelter Hinsicht. Zum einen sind die Beiträge, welche der 'Euregio Oberrhein' ausdrücklich gewidmet sind, nämlich die von Conrad Schroeder, Georg Rothe und Manfred Pelz, auf Fragen des deutsch-französischen Vergleichs bezogen (die Schweiz tritt als Vergleichsland in den Hinter-

grund). Der komparative Frageansatz verbindet sich freilich mit dem Standort der deutschen Betrachter, was den Komparatisten veranlassen kann, über die vergleichenden Untersuchungen innewohnende Spannung zwischen Verfremdung und Engagement grundsätzlich nachzudenken. Die erwähnten Studien sind durch die Dominanz des Engagements bestimmt, was insofern nicht erstaunt, als die Verfasser sich durch Sympathie für beide Vergleichsländer und das Beispiel der grenzüberschreitenden Völkerverständigung leiten lassen. Trotzdem bedauere ich es, daß es dem Herausgeber nicht gelungen ist, Wissenschaftler und/oder Politiker aus Frankreich (Elsaß) und der Schweiz (Kanton Basel) zur Mitwirkung zu gewinnen. Selbst wenn der Grundton der "Sympathie" der gleiche geblieben wäre, hätten auch nuancierte Unterschiede in der Argumentation und Einschätzung die Konturen der Tagungsthematik schärfen können. Die übrigen Beiträge enthalten keine systematischen Vergleiche zwischen einzelnen Staaten und Regionen. Ihr Beitrag zur komparativen Diskussion ist nichtsdestoweniger insofern beachtlich, als die Erörterung der bildungsbezogenen Zusammenarbeit in der Europäischen Union durch Beispiele untermauert wird. In diesem Zusammenhang halte ich die Plädoyers von Hermann Müller-Solger, Alan Smith und Michael Vorbeck zugunsten einer verstärkten Bildungsforschung zur Entwicklung einer "europäischen Bildungspolitik" für beachtenswert, insbesondere die von einem in der internationalen Bildungszusammenarbeit erfahrenen Praktiker erhobene Forderung an die Bildungsforschung, "eine verlässliche gemeinsame Begrifflichkeit" zu entwickeln (Müller-Solger, S. 107). Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang auch Alan Smiths kritische Bemerkung, daß die Vergleichende Erziehungswissenschaft es seines Erachtens "bisher weitestgehend vernachlässigt habe", den Bereich der internationalen Zusammenarbeit zum Gegenstand ihrer Analysen zu machen" (Smith, S. 47).

(E) Den ausgesprochen fruchtbaren Ertrag der Tagung und der Lektüre der Referate sehe ich darin, daß es dem Tagungsleiter sowie den Leitern der Arbeitssitzungen und den Verfassern gelungen ist, das bereits erwähnte Engagement für die europäische Integration mit Nüchternheit in der Einschätzung konkreter Chancen in bezug auf die Realisierung der im Vertrag von Maastricht formulierten Ziele zu verbinden. Dies zeigt sich vor allem in den Kommentaren zum 'Europa der Regionen'. Exemplarisch für diese Ausgewogenheit ist das Fazit, das Michael Bosch aus seiner Analyse zieht: "Die Vorstellung eines *Europa der Regionen* gehört zu den bevorzugten Elementen integrationspolitischer Vorträge und Aufsätze. Diese Vorstellung verleiht der EG die Dimension der Übersichtlichkeit und der Bürgernähe. ... Aber die Basis auf der sich zahlreiche Experimente abwickeln, ist noch brü-

chig. Wir sind alle aufgerufen, kritisch diesen Prozeß eines föderativen Aufbaus des europäischen Einigungswerkes zu begleiten" (Bosch, S. 21).

2 Mehrdimensionalität des Begriffs 'Region'

Der Informations- und Gedankenreichtum der Beiträge vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Begriff 'Region' einer einheitlichen Bestimmung entbehrt - was übrigens nicht nur für die Diskussion über die europäische Dimension dieses Begriffs gilt. Für Michael Bosch "sind die meisten Regionen zur Zeit eher statistische als reale Gebilde" (Bosch, S. 16). Offensichtlich kommt in der Verwendung des Begriffs eine Mehrdimensionalität zum Ausdruck, die im jeweiligen Kontext aufgeschlossen werden muß. Fehlende Konsequenz und möglicherweise gewollte Vagheit dürften auch die Ursachen dafür sein, daß die Bestimmung des Begriffs und der Umgang mit ihm im Einzelfall Schwierigkeiten bereiten. So spricht Michael Bosch von etwa 160 (Bosch, S. 11), John S. Peters dagegen von 174 Regionen, diese freilich mit dem Zusatz "administrativ-wirtschaftlich" versehen (Peters, S. 80). Klaus von Trotha schließlich erwähnt 200 Mitglieder, die im 'Rat der Regionen Europas' vertreten sind (von Trotha, S. 28); ihm gehören - im Unterschied zu dem im Vertrag von Maastricht für die Europäische Union vorgesehenen 'Ausschuß der Regionen' mit 190 Sitzen (Müller-Solger, S. 102) - auch Vertreter aus der EFTA und einigen mittel- und osteuropäischen Staaten an.

Die Zusammenschau der Beiträge schlägt immerhin eine Schneise in das Dickicht der Unklarheiten und führt damit zur Mehrdimensionalität des Begriffs. Während in von Trothas Klassifizierung die Region als eine der vier 'Ebenen' (Kommune, Region, Nation, Europa) erscheint (von Trotha, S. 27 f.), definiert Alan Smith die Mehrdimensionalität des Begriffs nach dem Kriterium des Territoriums (Smith, S. 35); 'Region' kann demnach sein:

- ein Teil des Staates,
- ein ganzer Staat (hier bezogen auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union),
- ein Teil Europas aufgrund verschiedener Kriterien (Europäische Union, EFTA, mittel- und osteuropäische Staaten; skandinavische Staaten, Mittelmeerraum),
- Europa als "Weltregion" (nach der Charakterisierung des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Gary Hufbauer).

Dieser Klassifizierung sei hinzugefügt, daß im Sinne des 'Weltregion'-Konzepts der Begriff 'Region' auch in transkontinentaler Dimensionierung verwendet wird, wie dies die UNESCO mit ihrer Zuordnung Israels, Kanadas, der Vereinigten Staaten und der Staaten der ehemaligen Sowjetunion zur 'Region Europa' tut.

Einen alternativen Ansatz bietet Herrmann Müller-Solper (S. 101), indem er auf die Doppelbegrifflichkeit verweist, die im Text des Vertrages von Maastricht selbst enthalten ist und die 'Region' zum einen als wirtschaftlich-soziale, zum anderen als politisch-institutionelle Einheit definiert, wobei die zweite Definition die kommunale Ebene einschließt. Angesichts dieser - selbst innerhalb dieses grundlegenden Vertrages - "schillernden Begrifflichkeit" (siehe Bosch, S. 10) muß sich der Leser einer ausgesprochen peniblen Lesearbeit befleißigen, wenn er sich unter den - ausschließlich der fünf ostdeutschen Bundesländer mit ihren 15 Bezirken und 218 Kreisen - 829 Regionen der 'Ebene 3' (Landkreise), 174 der 'Ebene 2' (Regierungsbezirke) und 66 der 'Ebene 1' (Länder) zurechtfinden will. Ob die EG-Kommission mit der in ihrem einschlägigen Bericht vom Januar 1991 (S. Müller-Solger, S. 102) getroffenen Differenzierung des Begriffs 'Region' nach "normativen" und "analytischen" Varianten (diese wiederum nach Funktionalität und Homogenitätsspezifiziert) die 'Schneise' zu verbreitern vermag oder sie nicht vielmehr wieder verengt, bleibt das verwirrende Fazit dieses Versuchs einer Begriffsklärung; den Verfassern dieses Sammelbandes ist sie gewiß am wenigsten anzulasten.

Für eine Identifizierung von Bildungssystemen unter region-bezogenem Aspekt öffnet das Differenzierungsmuster der EG-Kommission immerhin den Zugang zu *den* beiden Region-Varianten, welche für die Lösung anstehender Probleme eine besonders hohe Relevanz besitzen, nämlich

- die "normative" Variante der "historisch gewachsenen" Region (vgl. Bosch, S. 17), der die deutschen Bundesländer und die schweizerischen Kantone zuzurechnen sind;
- die "analytische" Variante, die durch die Zugehörigkeit der Bewohner zu einer ethnischen (und/oder religiösen) Gruppe bestimmt ist.

In der politischen, und damit auch bildungspolitischen, Realität können sich beide Varianten überschneiden, wofür die dreisprachige Provinz Bozen (Secco, S. 93-100) ebenso zeugt wie die sogenannte Niederländische Sprachunion, die auf drei "Länder (bzw. Regionen)" verteilt ist (Peters, S. 79). Ob die Zugehörigkeit zu ethnisch-kulturellen Gruppen undifferenziert als "vor-modern" zu klassifizieren ist, wie Michael Bosch dies tut (S. 10), sei in diesem Zusammenhang freilich um so mehr in Zweifel gezogen, als von der

"ethnischen Wiedergeburt" (ethnic revival; vgl. A. D. Smith: The Ethnic Revival, Cambridge 1981) alle Kontinente der Erde betroffen sind. Davon sind in der Gegenwart selbst Staaten erfaßt, die bis vor kurzem ihre Kohärenz auf der Grundlage 'nationaler' Identität für gesichert hielten, wie beispielsweise Frankreich und die Vereinigten Staaten. Dieses spezifische Problem ist freilich innerhalb der Tagungsthematik nicht diskutiert worden und soll daher auch innerhalb dieses Kommentars nicht spezifiziert werden.

3 Sonderfall 'Grenzregion'

Grenzregionen werden in diesem Sammelband als "Sonderfall" (siehe Bosch, S. 19-21) behandelt, was ihre Stellung aus der Mehrdimensionalität des Begriffs 'Region' in der Tat heraushebt. Ein Vergleich der Beiträge läßt freilich erkennen, daß auch dieser Begriff in sich zu differenzieren ist.

Zum einen begegnen wir Grenzregionen innerhalb eines Staates. Sie sind entweder nur durch ihre geographische Randlage (mit in der Regel wirtschaftlichen Implikationen) oder darüber hinaus durch ethnisch-kulturelle oder soziale (z.B. Bergbewohner) Merkmale der Bevölkerung bestimmt, die sie vom 'Binnenland' abheben. Zwei Autoren des Tagungsbandes befassen sich mit der 'ethnisch-kulturellen' Variante, nämlich John P. Peters mit seinem Hinweis auf die Provinz Friesland, in der von 400 000 Niederländern die Minderheitssprache Friesisch gesprochen wird (Peters, S. 79), und Luigi Secco, der seinen ganzen Beitrag der Autonomen Provinz Bozen widmet (Secco, S. 93-100).

Der unterschiedliche politische Status impliziert auch hier eine Vielfalt konstitutiver Merkmale. Friesland ist eine 'normale' Provinz, deren jahrhundertelange Zugehörigkeit zur niederländischen Nation unumstritten ist. Die 'Autonomie' der Provinz Bozen dagegen spiegelt das historische Schicksal einer Landschaft wieder, die nach dem Ersten Weltkrieg ihre staatliche Zugehörigkeit und - im Zuge der faschistischen Bevölkerungspolitik - auch ihre ethnische Struktur verändert hat. Daß die beiden Hauptethnien, die Deutschen und die Italiener, der Provinz bis heute verschiedene offizielle Bezeichnungen geben, nämlich 'Südtirol' bzw. 'Alto Adige', symbolisiert die Schwierigkeit, das Verhältnis von nationaler Loyalität und ethnischer Identität verträglich zu lösen. Das nach jahrzehntelangen Verhandlungen geknüpfte 'Pacchetto', das erst 1992 in Kraft getreten ist, hat schließlich die Grundlage für eine solche Lösung geschaffen, die beiden Hauptethnien einsprachige Schulen und der Meinen ladinischen Ethnie zumindest das Recht auf muttersprachlichen Unterricht im Rahmen des Zweitsprachenunterrichts

garantiert. Daß zweisprachige Schulen (im echten Wortsinn) ausgeschlossen bleiben und der "einsprachige Unterricht nicht durch die - wenn auch starke - Präsenz von Schülern anderer Sprachgruppen gestört werden darf" (Secco, S. 98), läßt freilich deutlich werden, daß die Vertragsschließenden wohl ein geregeltes Nebeneinander, nicht aber eine Integration der Bevölkerung angestrebt haben.

Engagierte Verfechter einer europäischen Integration mögen diese Regelung für unzureichend halten; sie sollten jedoch bedenken, daß das Zusammenleben von Nachbarn, auch wenn sie sich durch Zäune voneinander abgrenzen, allen Formen tatsächlicher oder auch nur virtueller Gewalttätigkeit vorzuziehen ist. Diese Einschätzung kann zudem durch empirische Befunde untermauert werden, nach denen die "Integration der Menschen aus den verschiedenen ethnischen Gruppen längst sehr weit fortgeschritten ist" und damit konkrete Hoffnung auf einen Abbau der 'Zäune' unter formal-rechtlichem Aspekt erweckt (vgl. A. Portera, in 'Bildung und Erziehung', 41/1993, S. 431-442; der Verfasser nahm an der Freiburger Jahrestagung teil).

Die zweite Variante der Grenzregion wird überwiegend am Beispiel der 'Euregio Oberrhein' dargestellt. Sie schafft formale und kommunikative Grundlagen für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Menschen, die in den 'Grenzregionen der ersten Variante' beheimatet sind; die "Grundidee" solcher Aktivitäten "geht dahin, Grenzregionen zu Kontaktregionen zu machen" (Bosch, S. 21).

Daß es sich bei den 'Grenzregionen der zweiten Variante', wenn auch nicht so ausgeprägt wie bei der 'Region' im ganzen, um mehrdimensionale Einheiten handelt, zeigt sich darin, daß je nach dem konkreten Zweck der Zusammenarbeit Zuordnungen getroffen wurden, die nicht deckungsgleich sind. So gibt Conrad Schroeder einerseits eine detaillierte Beschreibung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der "Dreiländerregion am Oberrhein" (oder 'Euregio Oberrhein'; Schroeder, S. 111), erwähnt einige Seiten später aber auch eine weitere "regionale Stufe", an der fünf Staaten, nämlich neben Frankreich, Deutschland und der Schweiz auch Österreich und Liechtenstein, beteiligt sind. Der Regierungsbezirk Freiburg hat es "in der alltäglichen Zusammenarbeit auf regionaler Stufe insgesamt mit an die 20 verschiedenen politischen Institutionen, mit unterschiedlichen Kompetenzen, unterschiedlichen Abhängigkeiten, unterschiedlichen Traditionen, unterschiedlichen Staatsphilosophien zu tun" (Schroeder, S. 117). Überdies konkurriert der Begriff 'Grenzregion' mit dem der 'Partnerregion' als der Basis für interregionale Zusammenschlüsse, wie sie die Arbeitsgemeinschaft 'Vier Motoren für Europa' (Rhone-Alpes, Katalonien, Lombardei und Baden-Württemberg) exemplifiziert (von Trotha, S. 29; Bosch, S. 21).

Es sind "gleichgerichtete Interessen und komplementäre Möglichkeiten auf den Gebieten von Umwelt, Kultur, Wirtschaft, Soziales, Ausbildung, Jugend und Sport", welche die Voraussetzungen nicht nur für "bi- und multilaterale Regionalpartnerschaften" bilden (von Trotha, S. 28-29). Auf diesen Voraussetzungen beruht auch die Kohärenz von Regionen, die historisch gewachsen sind oder sich auf die ethnisch-kulturelle Identität ihrer Bewohner stützen. Diese beiden Kriterien fundieren schließlich die Chancen des Erfolgs für grenzüberschreitende Regionen. Die 'Euregio Oberrhein' ist unter dieser Fragestellung ein exemplarischer Fall, zu dem Conrad Schroeder nachdenkenswertes Interpretationen gegeben hat. Er bezieht sich auf die "geschichtlich verankerte stammesmäßige Verwandtschaft und Gemeinschaft der Alemannen" und auf "das Gefühl der Landesbewohner, einer oberrheinischen Schicksalsgemeinschaft anzugehören" (Schroeder, S. 116). Diese ist nach seinen Worten zwar durch die "unselige Grenzziehung des Westfälischen Friedens 1648 (die das Elsaß vom Deutschen Reich abtrennte und die Schweizer Selbständigkeit endgültig bestätigte)" in bezug auf politischen Status und Nationalität gespalten worden (Schroeder, S. 112), doch sind bis heute trotz der Trennung so viele Gemeinsamkeiten in Sprache (Dialekt), Brauchtum und Lebensgewohnheiten aufgehoben geblieben, daß der Weg zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Richtung einer "Bilingua-Zone" realistisch scheint (Schroeder, S. 113).

Auf die Gemeinsamkeit der ethnisch-kulturellen Basis gründet auch Manfred Pelz sein innovatives Projekt 'Lerne die Sprache des Nachbarn', wobei er die Ungleichheit der Gewichte der Partner beiderseits des Rheins Frankreich und Deutschland) keineswegs übersieht: "Die Kinder kommen aus Baden und aus dem Elsaß, d.h. aus regional, historisch und sprachlich-kulturell sehr verwandten *Landesteilen*. Das bedeutet auch, daß für die französischen Kinder, zumindest für einen Großteil von ihnen, *Deutsch nicht die Sprache des Nachbarn, sondern auch die eigetie Sprache ist*, während das *Französische auf badischer Seite durchaus die Nachbarsprache darstellt*" (Pelz, S. 189).

Beide Autoren laden mit ihren plastischen Hinweisen auf die bisherigen Erfolge in der Euregio Oberrhein zu Vergleichen mit Chancen ein, die der Bildung grenzüberschreitender Regionen unter ähnlichen Bedingungen gegeben sein könnten. Vergleichsobjekte wären beispielsweise Süd- und Nord-schleswig mit ihren deutsch- bzw. dänischen Minderheiten oder die Grenzregionen (der 'ersten Variante') Österreichs und Ungarns, in denen ebenfalls jeweils Minderheiten der 'anderen' Ethnie leben. Auch für die Grenzregionen beiderseits der Oder und Neiße könnten solche Überlegungen fruchtbar

werden, wenn das Vorhandensein der deutschen Minderheit in Oberschlesien zum integrierenden Element würde. Die Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse gibt freilich keine Basis für einen solchen Optimismus, weil eher die von deutschen Revanchisten angefachten irredentistischen Neigungen die Einstellung dieser ethnischen Gruppe stark zu beeinflussen scheinen. Auch das bereits in anderem Zusammenhang betrachtete Südtirol verweist auf eine ähnliche Ausgangslage, weil die objektiven Bedingungen für die Bildung einer grenzüberschreitenden Region gegeben wären, nämlich die gemeinsame deutsche Sprache der Bewohner Nord- und Südtirols und die politische Zugehörigkeit eines der beiden Landesteile zu einer Nation mit anderssprachiger Dominanz (Italien). Erwartungen, bezogen auf eine entsprechende Entwicklung, sind zum derzeitigen Zeitpunkt zumindest verfrüht, zumal die geschichtlichen Grundlagen von denen der oberrheinischen Region erheblich abweichen, nicht zuletzt unter dem Aspekt des Zeitfaktors in bezug auf die Grenzziehungen (1648 bzw. 1919).

Wie weit sich 'Euroregiones' im Sinne des oberrheinischen Projekts entwickeln können, hängt letztendlich von grundlegenden Faktoren ab, nämlich zum einen von dem politischen Willen der beteiligten Bevölkerungen und ihrer Bereitschaft zu integrativem Engagement, zum anderen von der Herstellung gutnachbarlicher, wenn nicht freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beteiligten 'Mutternationen'. Ohne die Überwindung der "deutsch-französischen Erbfeindschaft" (vgl. Schroeder, S. 115) stünde das Projekt 'Euregio Oberrhein', sofern es überhaupt initiiert worden wäre, wohl auf tönernen Füßen.

4 Region und Nationalstaat

Günter Brinkmann hat mit seiner einleitenden Frage, "welche Bedeutung in einem Europa der Regionen die heute existierenden Nationalstaaten haben" werden (Brinkmann, S. 3), den Regionalismus in der Europäischen Union (und in ganz Europa) grundsätzlich problematisiert. Zwei Optionen stehen zur Diskussion. Eine, die radikale Option, weist der Region eine substituierende Funktion zu ('Region statt Nationalstaat') und verweist sie damit in den Bereich einer, wenn auch realen, Utopie. Chancen einer Verwirklichung in absehbarer Zukunft sind demgegenüber der zweiten Funktion einzuräumen, in der der Region - in ihren vielfältigen Ausformungen - gegenüber dem Nationalstaat eine komplementäre Funktion zugemessen wird. Eine solche Argumentation läßt sich, wie ich meine, mit dem Blick auf die historische Tatsache untermauern, daß sich der Nationalstaat, der seine Legitimität aus der These von der kulturellen Homogenität seiner Bevölkerung und dem

Vorhandensein einer 'Nationalsprache' (Staatssprache) ableitet, als epochale Größe erwiesen hat, auch wenn es ihm, in unterschiedlicher Ausprägung, bis in unsere Tage hinein gelungen ist, seine reale Existenz als 'Nationalitätenstaat' zu verbergen. In Europa *trifft* die Beobachtung auf alle Staaten zu, die sich als 'Nationalstaaten' bezeichnen, mit Ausnahme Islands und in eingeschränktem Maße auch Portugals und der skandinavischen Staaten (insbesondere Schweden).

Daß man die Chancen der gemäßigten Option freilich ebenfalls zurückhaltend beurteilen muß, macht Michael Bosch deutlich, wenn er bemerkt, daß die "EG noch auf längere Zeit auf die beiden Ebenen Mitgliedstaat und Gemeinschaft beschränkt bleiben" dürfte (Bosch, S. 16). Die Plausibilität dieser Einschätzung halte ich angesichts der ungeklärten und umstrittenen Auslegungen des Vertrags von Maastricht und des - keineswegs auf die europäischen Randregionen beschränkten (vgl. Bosch, S. 11) - Wiederauflebens nationalstaatlicher Egoismen für unbestreitbar. Gleichwohl lassen die Fortschritte in der Entwicklung der erwähnten grenzüberschreitenden Regionen sowie der bi- und multilateralen Regionalpartnerschaften erkennen, daß mit dem Regionalismus eine lebensfähige Bewegung in Gang gesetzt worden ist. Sie stellt, zumindest in Westeuropa, zwar nicht den Staat als Ordnungsmacht und auch nicht im Sinne Ernest Renans die Nation als 'Solidargemeinschaft' in Frage, auch wenn sie auf die Einschränkung seiner politischen, wirtschaftlichen und administrativen Kompetenzen zielt. Wohl aber trägt der Regionalismus dazu bei, den 'Nationalstaat' in dessen verengtem Selbstverständnis auf den Prüfstand zu stellen (siehe oben).

Die Chancen eines Erfolges dieser Bewegung sind dadurch mitbedingt, daß, von den erwähnten "gleichgerichteten Interessen" (von Trotha, S. 29) abgesehen, der Regionalismus sich mit den Bewegungen verbündet, die gleich ihm auf den Abbau 'nationalstaatlicher' Dominanz zielen. Sie sind in der europäischen Tradition jahrhundertlang verankert, wenn auch, zuletzt durch die totalitären und autoritären Diktaturen dieses Jahrhunderts, immer wieder unterdrückt worden. Es handelt sich hierbei um Bewegungen, welche "das Prinzip der realen Vielfalt" (vgl. Bosch, S 11) in der europäischen Geschichte verkörpern, nämlich

- der Pluralismus, der sich im Respekt vor und der Toleranz gegenüber dem 'Anderen' und dem 'Fremden' äußert, und der Menschen einschließt, die 'anderen' Ethnien, Religionsgemeinschaften, Sozialgruppen und Bildungsmilieus angehören (vgl. Peters, S. 78);
- der Föderalismus als Ausdruck der in Europa historisch gewachsenen Regionen (vor allem in Gestalt der deutschen und österreichischen Bun-

desländer und der schweizerischen Kantone), der einen unübersehbaren Faktor in der Identitätsbildung der betroffenen Bevölkerungen darstellt;

- die Multikulturalität, die in vielen Staaten Europas ebenfalls eine jahrhundertlange Geschichte hat (vgl. Peters, S. 79; Bosch, S. 12) und in der Gegenwart zu einer Bewegung geworden ist, die Humanität und Pluralismus fördern, freilich auch zu hemmen oder gar zu zerstören vermag.

5 Herausforderungen an Bildungspolitik und Bildungsforschung

Im Vertrag von Maastricht ist erstmals das Bildungswesen in den Kompetenzbereich der Europäischen Union aufgenommen, indem den Mitgliedstaaten die Verpflichtung zur Zusammenarbeit und zur Ausrichtung auf gemeinsame Ziele und auch Instrumentarien auferlegt wird (vgl. Müller-Solger, S. 103). Insofern gehen die getroffenen Vereinbarungen über die bisherigen Kompetenzen hinaus, welche die EG im Rahmen der beruflichen Bildung, in welche die Hochschulbildung eingeschlossen ist, bereits bisher in Anspruch genommen hatte. Die neuen Kompetenzen sind gemäß dem sog. Subsidiaritätsartikel (3 b) freilich wesentlich eingeschränkt, weil "die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems strikt zu beachten" ist; "eine Harmonisierung der Bildungssysteme ist untersagt" (Müller-Solger, S. 103; vgl. Bosch, S. 13).

Deutlicher kann die Festschreibung nationalstaatlicher Kompetenz nicht formuliert sein. Mit ihr wird der historischen Tatsache Rechnung getragen, daß die Bildungssysteme in Europa seit dem 17. Jahrhundert, wenn auch mit unterschiedlichem Beginn und unterschiedlicher Gangart, vom modernen Staat in direkter oder zumindest indirekter Verantwortlichkeit errichtet worden sind. Der Übergang von der absolutistischen zur konstitutionellen und danach zur demokratischen Staatsform hat hierin keine grundsätzlichen Änderungen bewirkt. Daß das staatliche Schulmonopol sich nicht auf politisch-administrative Aufgaben beschränkt, sondern sowohl die 'Gestaltung' des Bildungswesens sowie die Bestimmung der Lerninhalte als auch die Praktizierung der Erziehungsziele umgreift, macht beispielsweise die lesenswerte Studie von Martin McLean (1990) 'Britain and a Single Market Europe' deutlich, auf die im Tagungsband John J. Peters verweist (Peters, S. 85). Die von McLean vorgestellten *School Knowledge Traditions* sind ein treffendes Indiz für die nationalstaatliche Prägung der Bildungssysteme, auch wenn seine Klassifizierung, insbesondere die Zuordnung Deutschlands zum Modell des 'Naturalismus', Einwände hervorzurufen vermag. Jedenfalls ist der

Bezug auf 'Traditionen' in diesem Zusammenhang plausibel, weil er den Gesichtspunkt der historischen Entwicklung und daher auch der Veränderbarkeit artikuliert und sich dadurch von der von Peter Stokes gegebenen Deutung abhebt, der die Unterschiede "hauptsächlich dem nationalen Charakter eines jeden Volkes und den dadurch hervorgerufenen Wesensunterschieden" zuschreibt (Stokes, S. 61) und damit deren statische Natur unterstreicht.

Ist aus dieser historischen Tatsache der Schluß zu ziehen, daß vom Regionalismus keine Impulse für ein europäisches Bildungskonzept ausgehen könnten, auch wenn, wie John J. Peters zustimmen ist, "im Europa der Regionen vorläufig" ein solches "nicht erkennbar" ist (Peters, S. 91)? Die Antwort gibt der Blick auf die Geschichte des deutschen und schweizerischen Föderalismus, in dem - stärker als in der österreichischen Variante - das Prinzip der 'Kulturhoheit' verankert ist. Daß die deutschen Bundesländer und die schweizerischen Kantone gerade im Bildungsbereich staatliche Funktionen wahrnehmen, dürfte diese Feststellung unterstreichen.

Die Gegenwart konfrontiert uns mit neuen 'regionalistischen' Tendenzen; denken wir an Belgien, das begonnen hat, auf seinem Territorium drei sprach- und kulturbezogene Bildungssysteme in politisch-administrativer Autonomie zu entwickeln; demgegenüber entstehen neue 'grenzüberschreitende' Gemeinsamkeiten in der Niederländischen Sprachunion. Im 'Pacchetto' sind der Provinz Bozen Kompetenzen auf dem Bildungssektor zuerkannt worden, welche zwar nicht die Struktur des 'nationalen' (italienischen) Bildungswesens in Frage stellen, wohl aber Möglichkeiten zu curricularer Eigenständigkeit (neben dem muttersprachlichen Unterricht vor allem im Felde der sozialen und politischen Bildung) eröffnen. Unter diesem Aspekt wäre auch die Entwicklung in Wales, auf die Peters Stokes leider nicht eingegangen ist, einer besonderen Betrachtung wert.

Die erwähnten Beispiele haben miteinander gemein, daß sie historisch gewachsene Strömungen anzeigen, die für die Herausforderung des 'Europas der Regionen' an das Bildungswesen bedeutsam sind. Ich möchte daher Herrmann Müller-Solpers Argument widersprechen, daß "eine Pädagogik der Regionen in politisch-historischer Hinsicht" – gegenüber den zurecht als untersuchungswürdig angesehenen Regionen, die "nach systematischen Kategorien" definiert sind – im Rahmen der EG "von geringerer Bedeutung" sei (Müller-Solger, S. 102). In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Vergleichende Bildungsforschung, bei allen ihren Defiziten (siehe S. Smith, S. 47) den Regionalismus aus ihrer Thematik nicht ausgeklammert hat (z.B. 'Bildung und Erziehung', 39 (1986)1); besondere Aufmerksamkeit gebührt hier auch den Impulsen, die vom Europarat (vgl. Vorbeck, S. 57) sowie auch

von der OECD ausgehen, und dies um so mehr, als in ihnen Plädoyers für Grundlagenforschung enthalten sind (vgl. Vorbeck, S. 54). Vernachlässigt man das Interesse an politisch-historischen Studien in diesem Felde, dürfte es schwerfallen, die föderalistischen 'Vorstöße' der jüngsten Zeit zur Bewahrung von 'Kulturhoheit' zu verstehen und einzuordnen; Bezüge auf die "historisch-politischen Grundpositionen" der Mitgliedstaaten bieten hierfür - nicht nur im Hinblick auf die traditionell föderalistischen Staaten - keinen hinreichenden Ersatz (vgl. Müller-Solger, S. 102).

Das Studium föderalistischer Systeme (einschließlich ihrer erwähnten 'modernen' Analogien) ist in bezug auf das Tagungsthema letztendlich unter der Fragestellung relevant, inwieweit regionale Aktivitäten im Bildungswesen auf Identitätsbildung bei der heranwachsenden Generation beizutragen vermögen, und zwar **komplementär** sowohl zum Staat und zu Europa 'nach oben' als auch zu den vorhandenen Identitäten an der 'Basis' (Familie, Kommune, Jugendgruppe usw.) 'nach unten'. Aus der Komplementarität der Identitäten erwächst die Vielfalt individueller und sozialer Lebensäußerungen und Lebensformen und damit die Voraussetzung zur Entwicklung eines 'Europas der Bürger', womit die relative Bedeutung der politischen Entscheidungsprozesse auf der zwischenstaatlichen Ebene keineswegs abgewertet werden soll. Daß in diesen Prozessen die Europäische Union nur ein - möglichst kurzes - Durchgangsstadium bleiben darf, sei an dieser Stelle als Postulat ebenso artikuliert wie die Offenheit Europas gegenüber den anderen 'Weltregionen'.

Der Ansatz, der aus dem Föderalismus kommt, wird durch zwei weitere Ansätze ergänzt, und gemeinsam vermögen sie Idee und Realität des 'Europas der Regionen' zu stärken. Zum einen handelt es sich um die in diesem Tagungsband und auch in meinen Ausführungen gewürdigten Initiativen zu grenzüberschreitender Bildungszusammenarbeit. Hierzu möchte ich nicht nur das Projekt 'Lerne die Sprache des Nachbarn' zählen, sondern auch die von Georg Rothe analysierten Grenzüberschreitungen zur Arbeit im Nachbarland; diesen entspringen Impulse zum Nachdenken über Wege und Formen einer europäischen Berufsbildung, die möglicherweise rascher zu praktischen Konsequenzen führen als die vergleichbaren Initiativen im 'realitätsferneren' Bereich der allgemeinbildenden Schulen. Zum anderen kann das 'Europa der Regionen' auch aus der Entwicklung der Multikulturalität Gewinn ziehen, weil durch diese die nationalstaatlichen Bildungsmonopole ebenfalls, zumindest tendenziell, eingeschränkt werden.

Das 'Europa der Regionen' *ist* eine reale Herausforderung, wenn die Vielfalt individuellen und sozialen Lebens ernst genommen wird und über wirt-

schaftlich-administrative Festlegungen hinaus den Kompetenzen der Regionen in der Identitätsbildung ihrer Bewohner, insbesondere der heranwachsenden Generation, mit ihren ideellen Konzeptionen und praktischen Handlungen ein wichtiger Platz eingeräumt wird. Dem Bildungswesen kommt hierbei eine wichtige Aufgabe zu. Unterbleibt die Einbeziehung der (im weitesten Wortsinn) 'kulturellen' Dimension, dann dürfte das 'Europa der Regionen' genauso ein Schlagwort bleiben wie das 'Europa der Bürger'.

Januar 1994